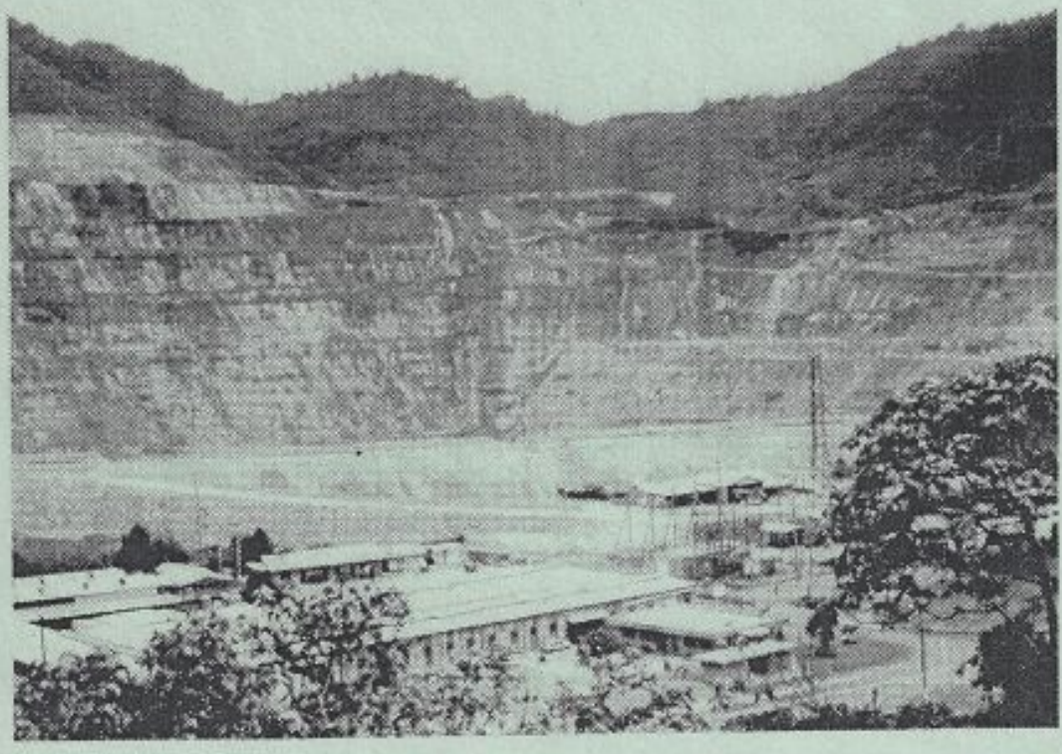
PAZIFIK-
INFORMATIONSSTELLE

Hauptstr. 2 * 8806 Neuendettelsau * Tel. 09874 - 9299



Dossier Nr. 10

Titel: **Papua-Neuguinea, politische und wirtschaftliche Entwicklung**, drei grundlegende Aufsätze

Roland Seib:	Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Papua-Neuguinea - Eine Bestandsaufnahme zu Beginn der 90er Jahre
Gerd Vanselow:	Krieg auf der Kupferinsel
Günter Rath:	Unruhige Zeiten im Paradies, Papua-Neuguinea hat aus den Fehlern der anderen Entwicklungsländer nicht gelernt
Datum:	April 1990.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Papua-Neuguinea - Eine Bestandsaufnahme zu Beginn der 90er Jahre

Papua-Neuguinea ist ein widersprüchliches und vielfach mißverstandenes Land. Wurde es in den 80er Jahren von der internationalen Geschäftswelt aufgrund des außerordentlichen Reichtums an Bodenschätzen als "the new 'gold mine' of the Pacific" (The Economist 1989) gepriesen, dominieren heute Berichte von in Gewalt umgeschlagene oft über ethnische Bindungen hinausgehende soziale Konflikte die politischen Nachrichten.

Das Land unterscheidet sich wesentlich von anderen südpazifischen Inselstaaten. Mit einer Fläche von 461.700 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von etwa 3,6 Millionen ist Papua-Neuguinea das größte Land in der Region. Zusätzlich zum Festland, das die östliche Hälfte der Insel Neuguinea einnimmt, gehören noch ca. 600 verstreut liegende Inseln zum Staatsgebiet. Dieses erstreckt sich über eine Fläche von 1.200 km von Nord nach Süd und von 1.900 km von Ost nach West. Als Bindeglied zwischen Südostasien und dem Südpazifik ist Papua-Neuguinea von strategischer Bedeutung.

Die großen Entfernungen zwischen den Inseln und das gebirgige oft unzugängliche Terrain des Festlandes und der größeren Inseln ermöglichte bis weit in dieses Jahrhundert hinein die Existenz 1.000 verschiedener und voneinander unabhängiger Ethnien, wobei sich mehr als 700 unterschiedliche Sprachen herausgebildet haben. Heute hat sich auf dem Land weitgehend das melanesische Pidgin durchgesetzt, während Englisch als Schul- und Amtssprache fungiert.

Wirtschaftlich wie auch politisch zählt Papua-Neuguinea zu den Spätentwicklern der Dritten Welt. Trotz mehr als einhundertjähriger kolonialer Herrschaft einzelner Landesteile

durch Deutsche, Briten und Australier und des Einflusses der parallel erfolgten Missionierung ist eine wirtschaftliche Entwicklung erst langsam nach dem Zweiten Weltkrieg in Gang gekommen. Große Landesteile, wie das dichtbevölkerte Hochland, in dem sich schon vor 9.000 Jahren und damit wesentlich früher als in Europa die neolithische Revolution vollzog, wurden erstmals in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts von Ausländern betreten. Dessen südlicher Teil, wie auch Teile der Provinzen Western und West Sepik an der Grenze zu dem von Indonesien okkupierten Irian Jaya, sind erst in den 60er Jahren administrativ für erschlossen erklärt worden.

Das fehlende wirtschaftliche Interesse Australiens an seiner ehemaligen Kolonie, das in dem geringen ökonomischen Potential des bevölkerungsschwachen Kontinents begründet war, verhinderte im Zusammenhang mit der isolierten und segmentierten Siedlungslage der Bevölkerung bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts eine sozio-ökonomische Differenzierung. Der Boden Papua-Neuguineas ist als wichtigster Produktionsfaktor bis heute zu 97% Eigentum der ethnischen Gruppen. Dieses Fehlen einer landlosen Klasse kann einerseits hinsichtlich der Sicherstellung der existentiellen Grundbedürfnisse im Vergleich zu anderen ehemaligen Kolonien der Dritten Welt als großer Vorteil des Landes angesehen werden. Andererseits erweist sich dieser Vorteil als Hemmnis im Kontext von Entwicklung, da sowohl kommerzielle Projekte wie auch Infrastrukturinvestitionen des Staates - wenn überhaupt - nur durch hohe Kompensations- bzw. Pachtzahlungen an die Bodenbesitzer zu realisieren sind. Darüberhinaus erweist sich das Fehlen von unveräußerlichem Land auch für innovationswillige Kleinproduzenten als Hindernis, da Kredite aufgrund mangelnder Banksicherheiten nicht vergeben werden.

Die Isolation der Ethnien und das Desinteresse Australiens an Papua-Neuguinea gipfelte in einer regelrechten Abschottung des Landes. Koloniale Herrschaft wurde niemals durch

politische oder nationalistische Bewegungen in Frage gestellt, mehr noch, die herannahende Unabhängigkeit wurde sogar von Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Die traditionelle partizipatorische Form der Konsensfindung der kommunalen staatenlosen Clansysteme kannte weder die tradierte Zuweisung von Funktionen noch ein System vererbbarer Führerschaft. Insofern kam es historisch nicht zu einer sozioökonomischen Differenzierung mit der Folge der Herausbildung eines Klassensystems, aber auch vice versa nicht zur Konstituierung von politischen Interessengruppen. Erst in den letzten zwanzig Jahren schälte sich vor allem im Hochland langsam eine kleine Schicht ruraler und zunehmend auch urban agierender Unternehmer heraus. Es gelang einigen lokalen Führern (sog. big-men) aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung als 'primus inter pares', im Kontext staatlich initiierter und finanziell geförderter ländlicher Entwicklungsmaßnahmen die lokale Begrenztheit zu durchbrechen. Über die Funktionalisierung traditioneller Ressourcen wie Arbeit und Boden war es ihnen möglich, Kapital für Investitionen im Agrarexportsektor zu akkumulieren.

Ein weiterer wichtiger gesellschaftlicher Einflußfaktor ist die Bildungselite, die sich seit der forcierten Etablierung eines Schulsystems westlicher Prägung durch Australien ab Mitte der 60er Jahre herausgebildet hat. Diese war dazu willens, angesichts der herannahenden Unabhängigkeit den Staatsapparat von Australien ab 1972 peu à peu zu übernehmen.

Aus diesen beiden Gesellschaftsgruppen konstituieren sich bis heute die Abgeordneten für das nationale Parlament. Auch wenn die parlamentarische Praxis dem westlichen Beispiel entspricht, weist die Realität entscheidende Unterschiede auf. Da niemals ein Bewußtsein nationaler Identität und folglich kein Interesse an der partizipatorischen Mitgestaltung des Allgemeinwohls ("nation-building") entstanden ist, spielen inhaltliche Differenzen der Parlamentarier und Parteien, staatliche Legitimität und auch staatliche

Autorität kaum eine Rolle. Das Eigeninteresse dominiert weitgehend. Gewählt wird oft derjenige, der den höchsten materiellen Fortschritt verspricht und dies auch durch Wahlgeschenke zu untermauern weis. Dem bis heute gültigen Reziprozitätsprinzip folgend, hat der gewählte Repräsentant, unabhängig von bestehenden Planungskonzepten, staatliche Ressourcen an seine Wählerbasis zu kanalisieren. Die legislative und in geringerem Umfang auch die exekutive Arbeit weisen kaum Kontinuitäten auf. Allianzen unter den 109 Abgeordneten und/ oder den Parteien wechseln ständig. Parteidisziplin und -loyalität sind selten. Immer wichtiger in diesem Zusammenhang wird das halbjährlich mögliche Mißtrauensvotum, das einen Regierungswechsel innerhalb der fünfjährigen Wahlperiode zuläßt. Resultat ist daher, daß Parlamentsperioden von unvorhersehbarer Dauer sind. Ein permanentes Taktieren unter Zuhilfenahme materieller Geschenke zur Absicherung der fragilen Mehrheit ist an der Tagesordnung.

Bestanden nach der 1975 erlangten Unabhängigkeit noch große Hoffnungen in die Entwicklung und innenpolitische Stabilisierung der "jungen Demokratie am Rande Südostasiens" (Eling 1978), so sind diese im letzten Jahrzehnt mit dem wachsenden Zufluß von Auslandskapital endgültig verflogen. Noch 1978 wurde innenpolitisch um die Einführung eines "Leadership Code" gestritten, der eine Interessenkollision zwischen Regierungstätigkeit und eigenem geschäftlichen Engagement verhindern sollte. Heute dagegen vergeht kein Monat, in dem nicht in der als Kontrollorgan fungierenden und auch funktionierenden Landespresse Hinweise und Beweise für Korruption auf höchster politischer Ebene veröffentlicht werden. Bisheriger Höhepunkt war der 1986 aufgedeckte Skandal über die Ausgabe von Vorzugsaktien einer in Papua-Neuguinea tätigen amerikanischen Bergbaufirma. In diesen waren nicht nur führende Mitglieder der damaligen Regierungskoalition Wingti, sondern auch die Opposition einschließlich des ehemals als "Vater der Nation" verehrten ersten Premierministers Michael Somare und die Mitglieder der Ombuds-

man-Kommission, die gerade solche Rechtswidrigkeiten der Justiz zuführen sollte, nachweislich verwickelt. Ein weiterer Höhepunkt stellten die im letzten Jahr veröffentlichten Ergebnisse eines richterlichen Untersuchungsausschusses dar, der sich mit Korruption und Transferpreispraktiken im Forstsektor beschäftigte. Dabei wurde die massive finanzielle und materielle Unterstützung zweier maßgebender Parteien durch eine halblegal im Land tätige malyische Firma nachgewiesen.

Der Abschlußbericht verweist auch auf massive Unregelmäßigkeiten auf Provinzebene. Gerade hier sollte durch die Etablierung von 19 Provinzregierungen eine stärkere lokale Bindung und Verantwortlichkeit gefestigt und der zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bestehenden Gefahr der Sezession einzelner Regionen, wie zum Beispiel der ethnisch zu den Salomonen gehörenden Insel Bougainville, begegnet werden. Diese Gefahr ist heute zwar weitgehend gebannt, doch erweist sich der finanzielle Aufwand für 418 Provinzparlamentarier, für die jeweiligen Provinzverwaltungen und für 1140 lokale Volksvertreter als kontraproduktiv. Die bis 1989 von Port Moresby überwiesenen 700 Millionen Kina (1 Kina entsprach 1989 etwa 2,10 DM) wurden fast ausschließlich für konsumtive und nicht für produktive Zwecke verwendet. Nur wenige der Provinzregierungen arbeiten überhaupt effektiv. Dagegen sind Suspendierungen durch die nationale Regierung aufgrund von Mißwirtschaft, fehlender Belege und Korruption eher die Regel.

Im Gegensatz zu den Provinzregierungen hat der administrative Apparat in der Hauptstadt hinsichtlich seines ökonomischen Steuerungspotentials an internationaler Reputation gewonnen. Eine stabile Währung, niedrige Inflationsraten, ausreichende Währungsreserven und die Förderung moderner Kommunikationssysteme und eines guten Investitionsklimas, das auf einer relativ offenen Marktwirtschaft mit geringen Zugangsrestriktionen beruht, sind hierfür verantwortlich. Doch aus kritischer Perspektive ergibt sich ein eher dü-

steres Bild der volkswirtschaftlichen Situation. Die ambitionierten Planungsziele der 70er Jahre, die eine dezentralisierte Förderung von Kleinproduzenten mit dem Ziel der besseren geographischen Streuung der Wachstumsvorteile und eine Steigerung der ruralen Einkommen, das Wachstum des Anteils der Wirtschaft im Besitz von Einheimischen und eine stärkere Unabhängigkeit ("self-reliance") sowohl auf individuellem als auch nationalem Niveau vorsahen, dürften weitgehend als gescheitert anzusehen sein.

Trotz des hohen Ressourcenreichtums des Landes an fruchtbaren Böden, ausgedehnten tropischen Regenwäldern und umfangreichen Fischbeständen, großen Mineralreichtums mit Vorkommen an Gold und Silber und bedeutenden Ölreserven, blieb ein in die Breite gehendes Wachstum aller Wirtschaftssektoren und eine Diversifizierung der Produktion sowohl für den Binnenmarkt wie auch den Außenhandel aus. Hatte die Produktion der Kleinbauern noch 1978/79 auf Kosten einer stagnierenden bzw. fallenden Plantagenproduktion eine regelrechte Boomphase durchlaufen und für relativ hohe volkswirtschaftliche Wachstumsraten gesorgt, so ist seitdem der Abwärtstrend der ökonomischen Entwicklung unübersehbar. Die realen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) beliefen sich zwischen 1980-84 aufgrund niedriger Agrarexportpreise und rückläufiger Kupferproduktion der bis zum damaligen Zeitpunkt einzigen Kupfermine des Landes, Bougainville, die auch die wichtigste einzelne Deviseneinnahmequelle des Landes war, auf durchschnittlich nur 0,8% gegenüber einem Bevölkerungswachstum von 2,6%. Für das Wachstum von real durchschnittlich 4,7% seit 1985 ist nahezu ausschließlich die 1984 erfolgte Inbetriebnahme der zweiten Mine des Landes, Ok Tedi, verantwortlich. Nach Schätzungen der Weltbank war das Bruttosozialprodukt pro Kopf 1986 mit US$ 695 nach den Salomonen das niedrigste aller pazifischen Inseln. Diese Angabe ist allerdings aufgrund des hohen Stadt-Land-Gefälles und der großen intra- und interprovinziellen Ungleichheiten in Papua-Neuguinea ohne großen Aussagewert.

Das Land ist immer noch hochgradig agrarwirtschaftlich strukturiert. Mindestens 75% der Bevölkerung leben heute noch in ländlichen Gebieten. Die Landwirtschaft ist weiterhin das wichtigste Standbein der Ökonomie, auch wenn sie 1986 nur noch 34% zum BIP von US$ 2.535 Mio. und 29% zu den Gesamtexporten von US$ 1.033 Mio. beigetragen hat. Die Subsistenzwirtschaft ist immer noch vorherrschend. Allerdings wird sie, abhängig von der klimatischen Lage und dem Marktzugang, durch den Anbau einiger weniger für den Export bestimmter Handelsgewächse (cash-crops) ergänzt. 1987 überwog der Ertragsanteil der Kleinproduzenten an den drei wichtigsten Agrarexportprodukten Kaffee (70%), Kakao (68%) und Kopra (64%). Auf Plantagen wurden Ölpalmprodukte zur Hälfte, Kautschuk zu 62% und Tee ausschließlich gewonnen. Der mittel- bis langfristige Trend der Verringerung des Anteils der Kleinproduzenten an den Gesamtagrarexporten zugunsten von Plantagen ist heute allerdings absehbar. Niedrige Weltmarktpreise, die Baumkrankheit Kaffeerost und die Tendenz zum Konsum der Erträge statt deren notwendiger Reinvestition lassen daher einen Produktionsrückgang erwarten. Dagegen werden den (teil-) nationalisierten Plantagen und Nucleus Estates, die mit ausländischer Kapitalbeteiligung effektiv arbeiten, weitaus bessere Überlebens- und Expansionschancen eingeräumt.

Die einseitige Orientierung der Regierung auf die Förderung und Steigerung von Agrarexporten durch Kleinbauern und Plantagen weist auf ein weiterhin bestehendes Abhängigkeitspotential des Landes hin. Durch diese Agrarpolitik verringert sich der Anteil der im Land produzierten Nahrungsmittel ständig. Schon heute werden 23% aller im Land konsumierten Lebensmittel importiert. Ein Anreiz zur Produktion und Versorgung des Binnenmarktes mit lokalen Produkten fehlt. Die traditionelle landestypische Nahrung genießt auch auf dem Land gegenüber importiertem Reis und Dosenfisch eine geringe Wertschätzung. Erleichtert wird dieser Trend zum Import der Grundnahrungsmittel, die schon

heute ein Fünftel aller Importe von insgesamt US$ 963 Mio. (1986) ausmachen, durch niedrige Importzölle.

Der nach der Landwirtschaft wichtigste Beschäftigungsposten und größter Arbeitgeber des Landes ist der Staat, der schon während der Kolonialherrschaft Australiens die Rolle des "leading sector" (Weltbank 1978) inne hatte und der vom personellen Umfang und der Struktur her mit in die Unabhängigkeit übernommen wurde. Über 48.000 Angestellte arbeiten im öffentlichen Dienst. Ein Viertel aller Staatsausgaben werden für diese aufgeblähte und überdurchschnittlich bezahlte Bürokratie ausgegeben.

Der (allerdings rückläufige) Anteil der Staatsausgaben von 1987 32% und der große Anteil des Außenhandels am Sozialprodukt sind auch für den hohen Anteil des Handels- und Dienstleistungssektors von 37,3% am BIP mitverantwortlich. Mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte des formellen Sektors haben hier ihren Arbeitsplatz. Der Anteil der Industrieproduktion (ohne Bergbau) am Gesamtertrag der Volkswirtschaft ist dagegen kaum von Bedeutung. Der enge und fragmentierte Markt, ein im Vergleich zu Dritte-Welt-Ländern hohes Lohnniveau bei niedriger Produktivität, und eine hoch bewertete Währung haben ein Wachstum dieses Sektors bisher behindert. Allein 58% der Produktion besteht aus Nahrung und Tabak für den hierfür geschützten Binnenmarkt. Wurden in den 70er Jahren noch über 75% des Handels und der verarbeitenden Industrie von australischen Firmen kontrolliert, so dürfte dieser Anteil heute durch Beteiligung oder Übernahme einheimischer Firmen deutlich zurückgegangen sein.

Wichtigster Expansions- und Wachstumsfaktor der Volkswirtschaft ist der Bergbau. Mit zwei Minen war Papua-Neuguinea schon 1986 weltweit siebtgrößter Gold- und elftgrößter Kupferproduzent. Der Sektor weist zwar aufgrund seines Enklavencharakters wenig Verflechtungsbeziehungen zur Restökonomie auf, hat ein geringes Beschäftigungspotential und trägt

nur (1986) 12% zum BIP bei. Doch ist er der wirtschaftlich bedeutenste Einzelposten hinsichtlich seines Handelsbilanz- und Steuereinkommensanteils. Das wichtigste Bergbauprojekt ist die mitten im Dschungel gelegene Ok Tedi Mine. Das Investitionsvolumen betrug bisher weit über zwei Milliarden DM. An dem Betreiberkonsortium dieser weltweit zweitgrößten Tagesbau-Kupfermine sind auch die deutschen Firmen Degussa, Metallgesellschaft und die bundeseigene Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG) mit insgesamt 20% beteiligt. Der Mineralanteil an den Gesamtexporten des Landes wuchs durch die Inbetriebnahme dieser Mine von 40% 1984 auf 69% im Jahr 1988. Die Produktion von Gold hat sich im gleichen Zeitraum nahezu verdoppelt und dem Land ab 1985 eine aktive Handelsbilanz ermöglicht. Da ein Teil des Gold- und Kupferertrages in die Bundesrepublik geliefert wird, ist diese 1986 noch vor Japan zum wichtigsten Außenhandelspartner bei den Exporten avanciert. Die 'Financial Times' zählt die Goldfunde im Land zu den größten Vorkommen außerhalb Südafrikas. Im Mai 1989 nahm die Goldmine in Misima die Produktion auf. Weitere Minen, die noch höhere Erträge versprechen, sollen in den kommenden Jahren folgen.

Die wichtigste Absicht der Regierung zur Expansion des Bergbausektors ist die damit erhoffte Erlangung einer größeren finanziellen Eigenständigkeit, das heißt die Erhöhung des Anteils der inländischen Einkünfte am Staatshaushalt. Noch im Haushaltsjahr 1976/77 betrug der Anteil der ungebundenen Budgethilfe Australiens 40% des Gesamthaushalts. Dieser Zuschuß wurde bis 1988 auf 21% reduziert, da sich der Anteil der internen Revenuequellen wie direkte und indirekte Steuern und Einnahmen aus der 20%igen Kapitalbeteiligung an Ok Tedi erhöht hat.

Von einer größeren finanziellen Unabhängigkeit kann trotz des Bergbaubooms nicht ausgegangen werden, da sich parallel zur Reduzierung der australische Zuschüsse die Auslandsverschuldung des Staates aber auch des Landes insgesamt dra-

stisch erhöht hat. Verringerte Einnahmen aufgrund niedriger Rohstoffpreise und wachsende Zuflüsse bi- und multilateraler Entwicklungs- und Finanzhilfe haben die öffentliche Verschuldung zwischen 1980 und 1987 auf US$ 1.471 Millionen nahezu verdreifacht. 43% dieses Betrages wurde zur kurzfristigen Deckung von Haushaltsdefiziten und zur Finanzierung der Ok Tedi-Beteiligung zu harten Konditionen auf internationalen Finanzmärkten aufgenommen. Der Kapitalzufluß für Bergbauinvestitionen hat auch die private Verschuldung auf US$ 1.240 Millionen hochschnellen lassen. Die Schuldendienstquote als Verhältnis des Schuldendienstes zu den Exporterlösen war zwar mit 25% 1987 im Vergleich zum Durchschnitt aller Entwicklungsländer relativ moderat. Als Verhältnis zum Sozialprodukt allerdings war die Verschuldung des Landes mit 98% wesentlich höher als die der hochverschuldeten Nachbarländer Indonesien und Philippinen.

Wachsender Schuldendienst und der hohe Anteil fixer Kosten haben das Investitionspotential der Regierung auf wenige zentrale Gebiete beschränkt. Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, die Erhaltung des Ausbildungs- und Bildungswesens, Überweisungen an die Landwirtschaftsbank und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung waren zentrale Posten. Auf die Notwendigkeit solcher Ausgaben verweist die Infrastrukturausstattung des Landes. Insgesamt existiert bis heute ein Straßennetz von 20.232 km, wovon nur 7% geteert sind. Die Hälfte der Straßen konzentriert sich allein auf das Zentrum Port Moresby und die Kaffeeanbauregion Hochland. Die Hauptstadt besitzt bis heute keine Straßenverbindung zum Rest des Landes. Im Elektrizitätssektor besaß das Land 1986 trotz großer Wasserressourcen nur 476 MW, wovon allein 56% auf die (Selbst-) Versorgung der Enklavenprojekte im Bergbau entfiel. Der Rest ist auf 25 urbane Zentren konzentriert, in denen mehr als 13% (1980) der Bevölkerung lebt.

Der zu beobachtende massive Urbanisierungstrend mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu 7,3% hält weiterhin an und

bringt immense soziale Probleme mit sich. So wuchs die Hauptstadt Port Moresby seit 1966 um mehr als das vierfache auf heute über 160.000 Einwohner. Slumviertel, zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit unbekannt, kennzeichnen heute das Erscheinungsbild der Städte. Daneben existiert eine erfolgreiche Elite, die zwischen australischen Schulen, Business, Verwaltung und Clubs angesiedelt ist. Sie folgt damit dem Beispiel der immer noch zahlreich im Land arbeitenden zumeist australischen Experten.

In dieser immer schneller auseinanderklaffenden sozialen Stratifizierung wurzelt das Konfliktpotential, das das Land seit Jahren erschüttert. Dem erschreckenden Ausmaß individueller Gewalt und Kriminalität und sporadischem kollektivem Aufruhr war bisher weder durch die Verhängung des Ausnahmezustandes noch durch teure "law and order"-Programme entscheidend zu begegnen. Eine Verbesserung ist auch nicht absehbar angesichts steigender Zahlen von Schulabgängern, die auf einen Arbeitsmarkt drängen, der gerade 13% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von 1,5 Millionen einen Arbeitsplatz garantieren kann. Auch in den im Cash-Crop Anbau erfolgreichen ländlichen Gebieten wachsen die durch Bevölkerungsdichte und knappes Land verursachten sozialen Spannungen, die sich zum Teil wieder in ethnischen Konflikten ausdrücken.

Das ganze Ausmaß der kulturellen Kollision einer, wie bisher angenommen, widerspruchslos verlaufenen Übertragung einer auf Hochtechnologie basierenden Zivilisation auf Gesellschaften mit völlig differierendem Wertesystem läßt sich am Beispiel des seit November 1988 andauernden Konflikts um die Bougainville Mine verdeutlichen. Die Provinz North-Solomonen gehört seit Inbetriebnahme der Kupfermine 1972 zur mit Abstand reichsten des Landes. Dieser Reichtum drückt sich in einer guten Infrastrukturausstattung, einem hohen Beschäftigungs- und Einkommensniveau und einem landesweit unerreichten Investitionspotential der Provinzregierung aus. Daß jetzt nach 16jährigem Betrieb der Mine die

Landbesitzer einen "gerechten" Anteil am Gesamtertrag oder die Rückgabe des Landes fordern, hat sowohl traditionelle als auch soziale Gründe. Trotz jährlicher Kompensationszahlungen der Minenbetreiber an die Landbesitzer hat sich für die meisten der Bewohner dennoch kein europäischer Lebensstandard eingestellt. Die Hoffnung in die bisher gepriesene Modernisierung des Landes ist in Enttäuschung umgeschlagen. Hinzu kommt, daß an die Regierung verpachtetes Land durch den Minenbetrieb sukzessive ökologisch zerstört und zunehmend unbewohnbar wird. Offensichtlich gilt immer noch, was einer der ersten politisch engagierten Persönlichkeiten Papua-Neuguineas, John Guise, 1966 im House of Assembly vertreten hat: "Land ist etwas, das in Papua und Neuguinea sehr heilig ist.(...) Land ist Teil der papuanischen und neuguineanischen Person."

Wie eine Lösung bzw. ein Kompromiß dieses bisher - auch wirtschaftlich - größten Konflikts des Landes aussehen kann, ist vom Betrachter nicht absehbar. Deutlich ist jedoch, daß weder eine militärische Lösung der mittlerweile zur gewaltsamen Rebellion eskalierten Situation, noch eine Annahme der Phantasieforderungen der selbsternannten Revolutionären Armee möglich ist. Ein Entwicklungsweg, der von dem klassischen ökonomischen Modernisierungsmodell abweicht und tradierte Werte stärker miteinbezieht, ein solcher Weg wurde zugunsten schnellen Fortschritts und Wachstums bisher weder gedacht noch in Erwägung gezogen. Heute erscheint er unabdingbar. Wer allerdings einen Wechsel des gesellschaftlich offensichtlich gescheiterten Entwicklungsparadigmas politisch vertreten und durchsetzen soll, bleibt völlig unklar.

aus: Roland Seib
Papua-Neuguinea: Wirtschaft und Politik
Eine Bibliographie 1950-1988
Hamburg 1990

Krieg auf der Kupferinsel

Auf Bougainville, Papua-Neuguinea, rachen sich militante Landbesitzter fur die Zerstorung ihres Landes durch eine der welt weit grossten Kupferminen

"Totet uns doch, und unsere Kinder auch gleich",schrie die Frau dem Piloten entgegen,der auf ihrem Stammesland mit seinem Hubschrauber gelandet war.Im ganzen Tal hatten die Dorfbewohner Schilder mit der Aufschrift "Tambu"- "Tabu , bleibt draussen " aufgestellt, doch es nutzte nichts: Die Weissen kamen, fuhrten ihre Probebohrungen voran, bis schliesslich feststand,dass unter dem Stammesland auf der Nordsolomonen -Insel Bougainville riesige Kupfervorkommen lagern. "Die Leute mussen umgesiedelt werden", hatte der Manager der Betreiberfirma Conzinc Riotinto gesagt. " Es wird ihnen nicht gefallen, aber es ist das beste fur sie."

Und sie wurden umgesiedelt, abgespeist mit ein paar australischen Dollars und neuen Holzhausern.

Das war vor 26 Jahren. Heute sind es die Australier, die in Scharen aus dem selben Gebiet fliehen, das sie damals beschlagtnahmt hatten.

Die Landbesitzer sind aus ihrer Lethargie erwacht, haben Entschadigungen gefordert, und da niemand auf sie horte, rachen sie sich jetzt in einem blutigen Guerilla-Krieg fur die Zerstorung ihres Landes und der Umwelt.

*

Die Panguna-Mine - eine der weltweit grossten im Tagebau betriebenen - musste inzwischen schliessen, der Guerilla-Krieg ist in einen Burgerkrieg ubergegangen und seit Januar in seine heisseste Phase eingetreten. Uber110 Menschen sind bereits getotet worden, Dutzende verletzt, Zivilisten von neuguineischer Polizei und Streitkraften gefoltert, zu Tode gefoltert worden. Der Sachschaden durch Anschlage der Guerillas geht in die Millionen , die Gewinn-Einbussen nach Stillegung der Mine lassen den Pazifik-Staat Papua-Neuguinea wirtschaftlich ausbluten. (Nachdem er sich von diesen Geldern abhangig gemacht hat.)Die Minengesellschaft hat in der vergangenen Woche damit begonnen , ihr Restpersonal zu evakuieren. Und in Nordaustralien sind bereits Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, um notfalls in Bougainville einzugreifen.

*

Vor anderthalb Jahren hatten sich die Landbesitzer erstmals zusammengeschlossen und ihre Situation uberdacht. Ihr Fuhrer, Francis Ona,ein ehemaliger Landvermesser der Mine, versuchte daraufhin mehrmals Gesprache und Verhandlungen uber angemessenere Entschadigungen mit der

in Port Moresby zu arrangieren - erfolglos.
Als dann die ersten Minengebaude in Flammen standen, wussten die Politiker, dass sie die sonst so ruhigen und friedlichen Landbesitzer unterschatzt hatte. Die Regierung verstarkte ihr Polizeiaufgebot, die militanten Landbesitzer schlosssen sich zur "Bougainville Revolutionary Army" zusammen , die man durchaus als weltweit erste, erfolgreiche "Oko-Guerilla" bezeichnen kann, brachen in ein Minendepot ein und besorten sich riesige Mengen an Sprengstoff. Auch der Vorsitzende der Minengesellschaft Bougainville Copper Limited und gleichzeitig Vertreter des australischen Unternehmens "Conzinc Riotinto of Australia (CRA)", das 53 Prozent der Anteile halt (19 Prozent der Aktien gehoren dem neuguineischen Staat, der Rest verschiedenen auslandischen Anlegern), heizte die Situation dadurch an , indem er damit drohte, dass sein Unternehmen in dieser unsicheren Lage Investitionen in von mehreren hundert Millionen Kina sowohl auf Bougainville als auch bei zwei weiteren Goldminen auf Neuguinea stoppen werde, was einer wirtschatlichen Katastrophe gleichgekommen ware.
Verhandlungen waren in weitere Ferne den je geruckt, vor allem als die Regierung Armee-Einheiten zur Losung des Konflikts hinzuzog und spater auch ein Kopfgeld in Hohe von 200.000 Kina auf Ona ("tot oder lebendig") aussetzte. Die Guerilla bombte weiterhin Hauser, Werkstatten und Elektrizitatsstation in die Luft, bis schliesslich die Mine im Mai vergangenen Jahres stillgelebt werden musste. (Die Landeswahrung, der Kina,entsprach damals noch deutlich uber zwei Mark, wurde aber inswischen als Folge der Krise auf 1,69 DM abgewertet.)
Eine erste Wende nahm die Situation , als die Regierung unter Priemierminister Rabbi Namaliu unter dem Druck der Gewinn-Einbussen Kontakt zu den nichtmilitanten Landbesitzern aufnahm , um ein Friedenspaket auszuhandeln.Denn wahrende die Lage auf Bougainville zuvor "nur" ein Politikum war - namlich die Frage , wie mit militanten und nicht-militanten Landbesitzern umzugehen sei - ging es nun nach Stillegung der Mine fur den Staat ums nackte Uberleben. 17 Prozent seines Haushalts bestreitet Papua-Neuguinea aus Einnahmen und Steuern von Bougainville: eine Milliarde Kina in den vergangenen 16 Jahren. Fur ein Entwicklungsland mit etwa 3,5 Millionen Einwohnern von denen rund neun Zehntel in Subsistenzwirtschaft, also von den eigenen Feldern leben und keinen Pfennig Steuern zahlen, ist dies eine beachtliche Summe.
Im gleichen Zeitraum hat die Mine 2,8 Millionen Tonnen Kupfer produziert, 285 Tonnen Gold und 7'5 Tonnen Silber im Gesamtwert von 4,4 Milliarden Kina, was 44 Prozent der Exporte entspricht. Bescheiden dagegen wirken die 17 Millionen Kina, die die Landbesitzer zum Teil in Form von Sozialleistungen, zum Teil als

Gewinnanteile erhalten haben.
Die Regierung trat also in Verhandlungen mit den nicht-militanten Landbesitzern, die langst des Guerillakrieges uberdrussig waren, und unterzeichnete mit ihnen vor drei Monaten ein 282-Millionen-Kina Friedenspaket. Bei einer traditionellen Feier, zu der Premierminister Namaliu sowie mehrere Minister, Vertreter der Minengesellschaft und viele Landbesitzer gekommen waren, wurden Schweine wurden nach Landessitte Schweine und Essen ausgetauscht. Zum Hohepunkt der Zeremonie zerbrach Cecilia Gemel, Onas Schwester, vor aller Augen Pfeil und Bogen.
Ona selbst war nicht gekommen, was naturlich einen bitteren Nachgeschmack hinterliess, doch hatte er seine Zustimmung signalisiert. Jedenfalls galt der Friedensvertrag ohne seine Unterschrift als nicht abgeschlossen.
Wie ernst es Ona mit der Unterzeichnung meinte , ist unklar, doch spurte er wohl, dass er den Ruckhalt in grossen Teilen der Bevolkerung verloren hatte, nicht zuletzt durch eine Kampagne, die ihn als Fuhrer eines neuen Kargo-Kultes diffamiert hatte. (Kargo-Kulte sind Bewegungen , die besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch heute noch vereinzelt in Melanesien aufflackern und ihren Anhangern materiellen Reichtum gleichsam "vom Himmel herab" versprechen, wenn diese die richtigen Riten praktizieren.)
Ona wusste, dass dies wohl der schlimmste Vorwurf war, den man jemanden in einem so christlich verwurzelten Land wie Neuguinea machen kann. Seine Reaktion war dann auch entsprechend deutlich: Er liess den Handelsminister der Nord-Solomonen, John Bika, den er fur die Kampagne verantwortlich machte, vor den Augen seiner Familie niederschiessen. Tags darauf gab Ona eine Presseerklarung, die den Mord damit rechtfertigte, dass der Minister versucht habe, das "Vertrauen und die Unterstutzung der Christen fur seine Forderungen zu zerstoren".

*

Eine erneute Wende nahm die Situation , als nach und nach bekannt wurde, welche Rolle die 2000-Mann-starken Sicherheitskrafte auf Bougainville spielen (bei einer Gesamtstarke der Armee von nur 3300 Soldaten). Was Militar und Polizei hier praktizieren, kann durchaus als Rache an der Zivilbevolkerung fur die eigene Opfer durch Guerillaangriffe bezeichnet werden. Hinzu kommen noch ethnische Unterschiede: Wahrend sich die Armee aus Melanesiern aus Neuguinea mit brauner Hautfarbe rekrutiert, sind die Menschen auf Bougainville tiefschwarz und werden von den Soldaten als "schwarze Bastarde " bezeichnet.
Mindestens 16 Zivilisten sind in den vergangenen Monaten zum Teil unter mysteriosen Umstanden umgekommen und zum Teil - durch Augenzeugen belegt- von Soldaten und Polizei grausam getotet worden.

Drei Falle: Vincent Onaris Leiche wurde am 24. November in die Leichenhalle gebracht, zwei Stunden nachdem ihn Soldaten festgenommen hatten. Er war so geschlagen worden, dass sein Gehirn aus dem zersprungenen Schadel hing.
Aloysius Minitong starb zwei Tage nach Weihnachten auf den Betonfussboden seiner Gefangniszelle. Dort war er drei Wochen lang ohne arztliche Versorgung gelegen: furchterlich zugerichtet, die Kniescheiben zerschmettert, die Finger mit einem Buschmesser abgehackt.
Das letzte Opfer, der 25jahrige Kevin Lalae, wurde am Donnerstag vor zwei Wochen inhaftiert - einen Tag spater war auch er tot.

*

Inzwischen hat sich Amnesty International der Menschrechtssituation auf Bougainville angenommen. " In meinem Buro stapeln sich bereits die Briefe", sagt Anna Solomon, Redakteurin der in Port Moresby erscheinenden Wochenzeitung "The Time of Papua New Guinea". Sie erhalt jeweils eine Kopie der Protestschreiben, die Amnestymitglieder aus aller Welt an den Premierminister schicken. " Uber 300 Durchschlage habe ich bereits erhalten und in letzter Zeit werden es taglich immer mehr, viele auch aus Deutschland", erlautert die Journalistin, die bereits mehrmals in grossen Ausmachern auf der Titelseite uber die Aktion berichtet hat.
Gehauft haben sich die Menschenrechtsverletzungen in dem demokratischen Staat, den Amnesty bisher noch nie beanstanden musste, seitdem die Regierung im Januar den militanten Landbesitzern den "totalen Krieg " (all-out war) erklart hat. Die Guerilla ihrerseits hat die Kampfansage angenommen und ihre Uberfalle auf Einrichtungen der Mine und der Provinzregierung verstarkt. In einer einzigen Terrornacht vor zwei Wochen sturmten 150 Mann ein gut befestigtes Gefangnis nahe der Provinzhauptstadt Arawa, steckten 28 Gebaude in Brand und schossen blindlinks in die Hauser, in denen die Warter samt ihrer Familien lebten. Am Ende des Angriffs waren funf Menschen erschossen, zwei verbrannt, 20 verwundet und die Gefangnisanlage total zerstort; ein Grossteil der Haftlinge, die nicht selbst in den Kugelhagel geraten waren, waren gefluchtet.
In der selben Nacht ging ein Hubschrauber der Minengesellschaft sowie das neue Distriktburo und die Post auf der kleinen Nachbarinsel Buka in Flammen auf.
Der Uberfall auf das Gefangnis diente als Vergeltung fur den Mord der Soldaten an einer Mutter und deren vier-Monate-alten Baby in der Ortschaft Famu und fur den Tod eines Guerilla-Mitglieds , das auf der Panguna Polizeistation von einem Polizisten mit dem Buschmesser erschlagen worden war.
Letzte Woche uberfielen Guerillas eine Plantage nordlich der

Provinzhauptstadt , woraufhin am Wochenende die von der Hauptinsel stammenden 1000 Landarbeiter evakuiert wurde. Berichte von 20 Toten machten die Runde . Inzwischen traf die Nachricht ein, dass auch der letzte bundesdeutsche Entwicklungshelfer die Krisen-Insel verlassen hat. " Es war praktisch unmoglich geworden Kontakt aufzunehmen , da die Telefonverbindung zur Insel durch Anschlage unterbrochen ist", sagt Kurt-Dietrich Mrossko, Landesbeauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes(DED). Uber den lokalen Rundfunksender gelang es ihm schliesslich , seinen Mann zum sofortigen Verlassen der Insel aufzufordern.
In dieser Woche wurde erstmals bekannt, dass die Armee auch Giftgas einsetzt. Das erste Opfer wurde eine Frau, die mit ihrem Kleinkind an einer Graspiste stand und wohl der Landung eines Hubschraubers zusehen wollte. Doch dieser setzte nach Vietnam-Manier zunachst eine Chemie-Wolke ab, die Frau und Kind erfasste. Ihre Korper waren sofort mit Pusteln ubersat, beide liegen nun im Krankenhaus.

*

Mit Schikanen,Folter und Todschlag haben Polizei und Militar inzwischen erreicht, dass die Bevolkerung von Bougainville wieder hinter Francis Ona und seiner Guerilla steht und auch dessen Forderung nach einer Volksabstimmung fur die Unabhangigkeit der Kupferinsel unterstutzt.(Dass Bougainville uberhaupt zu Neuguinea gehort, das hat die jetzt so geschundene Bevolkerung ubrigens den Deutschen zu verdanken, die vor 90 Jahren die Nordsolomonen der deutschen Kolonie Neuguinea einverleibten.)
Der katholische Bischof von Bougainville, Gregory Singkai, der von Anfang an in dem Konflikt vermittelte, bringt dies auf den Punkt:"Sie (Polizei und Soldaten) sind unbandig und undiszipliniert. Sie schlagen die Leute ohne zu fragen und stecken sie ins Gefangnis. Sie zerstoren ihren Besitz mitsamt der Felder und schiessen auf vorbeifahrende Autos. Das ist der Grund , weshalb wir jegliches Vertrauen in sie verloren haben. Ich fuhle, das viele unschuldige Menschen -Alte,Frauen und Kinder abgeschlachtet werden."

*

Doch gerade jetzt in dieser Situation eskalierender Gewalt werden die Stimmen derer in Port Moresby immer lauter, die dazu aufrufen, sich auf den Ursprung der Auseinandersetzungen zu besinnen: entwurzelte Menschen, die am Rand eines riesigen Kraters wohnen, der einst ihre Heimat, ihre Jagdgrunde, ihr Land war - ein Land, das matrilinear (mutterlicherseits) an die nachste Generation weitergegeben wurde, ein Land das niemals verkauft werden kann, denn nicht nicht das Land gehort den Menschen, sondern die Menschen dem Land.
Eine geschundene Natur, ein toter Fluss, in den taglich 200.000(!) (in Worten:

zweihunderttausend) Tonnen Abraum der Mine gepumpt wurden, versetzt mit Chemikalien.
Der prominenteste Vertreter derer, die jetzt zu einer Besinnung aufgerufen haben, ist Sir John Guise, ehemals Staatsoberhaupt und Vertreter der englischen Konigin.In einer Kolumne der "Times of PNG" hat er nun den sofortigen Ruckzug der Streitkrafte als einzige Moglichkeit zur Befriedung der Insel gefordert. Und als erster prominenter Neuguineer hat er offentlich erklart, dass man nicht vergessen durfe, dass Francis Ona und seine Unterstutzer schliesslich auch "fur Gerechtigkeit und Freiheit " kampfen". " Den so reichen und machtigen Konzernen ", die uberall in Neuguinea zugegen sind, schrieb er dagegen folgendes in Stammbuch:
"Land ist die einzige Sache der Welt , wofür es sich lohnt zu leben,
Land ist das einzige , wofur es sich lohnt zu arbeiten,
Land ist das einzige , wofur es sich lohnt zu kampfen,
Land ist das einzige , wofur es sich lohnt zu sterben,
denn Land ist das einzige, das ewig halt."

GERD VANSELOW

Günter Rath
Freytagstr. 1
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911/532678

UNRUHIGE ZEITEN IM PARADIES:
Papua-Neuguinea hat aus den Fehlern anderer Entwicklungsländer nicht gelernt.

"Ein einzelner Mann vom Stamm der Enga näherte sich am Sonntagabend in der Provinzhauptstadt Wabag einem parkenden Wagen. Mit einem mächtigen Hieb seiner Axt spaltete er den Kopf des aus dem Fenster herauslehnenden Fahrers."
Meldung aus Papua New Guinea Post Courier, Port Moresby.

Erst 1975 ist Papua-Neuguinea, der größte Archipelstaat im südwestlichen Pazifik, unabhängig geworden. In den letzten 15 Jahren war dieser Spätkömmling zu der Familie unabhängiger Staaten daher auch unvergleichlich mehr Einflüssen aus den Industrieländern ausgesetzt als manch anderes Entwicklungsland. Die Negativerscheinungen des Modernisierungsprozesses sind unübersehbar: Wo vor ein paar Jahren noch dörfliche Idylle vorherrschte, machen sich Elendsquartiere breit; wo die ländliche Bevölkerung voller Begeisterung dem Anbau von Kaffee nachging, sind Stammeskämpfe an der Tagesordnung, und wo noch unberührte Natur vermutet werden konnte, haben Großraumbagger transnationaler Konzerne ganze Berghänge weggeräumt. Scheinbar über Nacht haben Armut und Umweltskandale, Vetternwirtschaft und Korruption, Kriminalität und Gewalt Dimensionen angenommen, die bislang nur "anderen" Entwicklungsländern zugeschrieben wurden.

Die Steinzeit-Idylle, der ausländische Ethnologen, Anthropologen und Soziologen einst begeistert nachspürten, ist dahin. Längst sind einheimische Sozialwissenschaftler von der University of Papua New Guinea (UPNG) damit beschäftigt, zeitgemäße Studien durchzuführen, die von Alkoholmißbrauch und Bürokratenfilz handeln. Aus den Industrieländern kommen jetzt vor allem Mineralogen, Geologen, Finanzexperten und Entwicklungshelfer nach Papua-Neuguinea.

In PNG, dem Land der tausend Stämme und 600 Sprachen, gärt es. Im Juni 1989 überreagierte die Polizei auf dem Uni-Campus von Waigaini, als sie randalierende Betrunkene festnehmen wollte: Polizisten feuerten Tränengas in die Studentenquartiere, zerrten die Ahnungslosen aus den Zimmern und ließen Polizeihunde frei. Mit Knüppeln, Gummigeschossen, Buschmessern, Fäusten und Stiefeln wurden die Studenten attackiert. Viele mußten, laut Bericht des Konrektors der Universität, in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Auf dem Campus der Hochschule in Waigani ist die Stimmung nun gedämpft. Am Semesterende sind Klausuren angesagt, und im Audimax, in dem Regierungschefs und andere Politiker mit Studenten zu diskutieren pflegen, beugen sich Prüflinge über Angebots- und Nachfragekurven. "Die Polizisten, die draußen auf und ab gehen sind nicht nur hier, um die Studenten vor Überfällen durch Rascals - so werden hier jugendliche Bandenmitglieder genannt - zu beschützen", meint ein Dozent aus den USA, "die müssen manchmal auch die Lehrer vor ihren Studenten schützen, wenn die Klausuren nicht wunschgemäß ausgefallen sind und die Kandidaten handgreiflich werden."

Die Studenten in PNG stehen unter enormen Erfolgszwängen. Sie haben in jeder Hinsicht einen langen Weg von der Missionschule im Busch, über das College in der Provinzhauptstadt, bis hin zur Universität zurückgelegt und auf ihnen ruht nun die Hoffnung der Familie, ja der ganzen Sippe. Und alle Aufsteiger wissen, daß es nur über die Bildungsinstitutionen möglich ist, den Anschluß an die urbane Elite, die sich bereits aller denkbarer Privilegien erfreut, zu finden.

Mitte der 60er Jahre gab es lediglich 32 Einheimische, die eine Hochschulausbildung genossen hatten;nur 83 PapuaNeuguineer hatten damals länger als drei Jahre eine höhere Schule besucht, und nur etwa 8.800 Jugendliche besaßen eine Schulbildung, die über Primarschulniveau lag. Heute besuchen 65% aller Kinder im Grundschulalter eine Primarschule, und die Zahl der eingeschriebenen Studenten in Colleges und Hochschulen können internationalen Vergleichen standhalten. Die Aufholjagd im Erziehungs- und Bildungswesen, von der PNG schon vor der Unabhängigkeit (1975) ergriffen wurde, ist auch für andere Dritte-Welt-Länder beispiellos.

Eine gute Schulbildung ist die Voraussetzung für eine Anstellung im Staatsdienst. Etwa 50.000 Personen, das sind 1/4 aller Lohn- und Gehaltsempfänger im Lande, sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. 25% des Staatshaushaltes müssen daher auch für die Gehälter der Beamten und Angestellten in der Hauptstadt ausgegeben werden. Die Studenten der Hochschulen stehen noch mehr unter Druck, seit Weltbank und IMF eine stärkere Kontrolle der Staatsausgaben verordnet haben. Das hat im öffentlichen Dienst zumindest vorübergehend zu Entlassungen und Einstellungsstop geführt. Ohne einen Wantok, einen Sprach- bzw. Klanverwandten in höherer Position ist eine neue Anstellung im Regierungsdienst kaum noch zu bekommen. Das muß zwangs-

läufig zu Unmut bei den Studenten und zu herben Enttäuschungen bei der Verwandtschaft auf dem Lande führen.

Protegés und Schutz benötigen auch die Angestellten der Universität, zumeist sind das Ausländer (Expatriates), die aus Australien, Großbritannien, den USA und verschiedenen afrikanischen und asiatischen Ländern stammen. Das Gelände der "housing area" der UPNG ist eingezäunt und wird von Wachmannschaften kontrolliert. Auf ihren Parties sind die Uni-Lehrer vielfach unter sich. Alkoholisierte Papua-Neuguineer sind auch in diesen Kreisen gefürchtet. Eine von wenigen weißen Ausnahmen im Engagement für Land und Leute ist der in Australien geborene Biologe Lance Hill, der schon lange die Staatsbürgerschaft von PNG besitzt und somit auf das relativ hohe Gehalt, das Ausländer beziehen, verzichtet. Angesprochen auf die eskalierende Kriminalität und Gewalt im Land meint Hill: "Besucher neigen zur Übertreibung und einäugigen Betrachtung. Es ist sicherlich schlimm bei uns, aber auch nicht schlimmer, als in anderen Entwicklungsländern..."

Bis vor einigen Jahren war es völlig ungefährlich, das Land auf verschiedensten Wegen kennenzulernen. Papua-Neuguineer gelten als überaus gastfreundlich und entgegenkommend. Daher konnten Fremde auch unbesorgt reisen und bei den Bewohnern des Sepikgebietes nächtigen oder auf den Spuren der deutschen Kolonialgeschichte das Hinterland von Madang und Rabaul erforschen.

Madang, von den deutschen Missionaren einst "Perle der Südsee" genannt, wäre ein bezaubernder Ort, gäbe es da nicht die Probleme mit der Sicherheit. Wiederholt ist der bekannte Touristenort von Banditen belagert und terrorisiert worden. Nicht viel besser erging es anderen Provinzstädten. Im März des vergangenen Jahres wandte sich eine Touristengruppe aus den USA an die Times of Papua New Guinea und schilderte den Lesern, wie sie in der Nähe des Naturparks Bayer River überfallen und ausgeraubt wurde. Dabei hatten die Sicherheitsorgane in der Hauptstadt den Besuch des Reservats als völlig ungefährlich deklariert. Daß die Amerikaner unversehrt geblieben waren, verdankten sie vermutlich den mitgeführten Wertgegenständen, mit denen die Banditen abzogen.

Ganz anders erging es einem Europäer in einem Küstenort - so die Schilderung eines deutschen Entwicklungshelfers - der beim Joggen überfallen und auf bestialische Weise massakriert wurde. Brutalität ist keine Seltenheit, jeder Entwicklungshelfer hat ein paar grauenhafte Geschichten auf Lager.

Erstaunlich ist, daß die meisten Entwicklungshelfer, trotz der bedrohlichen Vorkommnisse, die Stellung halten wollen.

Auch einheimische Frauen trauen sich oft nicht mehr zu, allein öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, da sie befürchten, belästigt oder gar überfallen zu werden. Erst als eine neuseeländische Staatsbürgerin und deren Tochter mehrfach in Port Moresby vergewaltigt wurden - der Ausdruck "pack-rape" gehört mittlerweile zum Alltagsvokabular in PNG - verabschiedete die Regierung im Eiltempo ein Verbrechensbekämpfungsprogramm und rief die Bevölkerung zur Mithilfe auf. Die Gewalt gegen Frauen läßt aber nicht nach. Polizeibeamte und Armeeangehörige mußten aufge- fordert werden, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihre Frauen nicht mehr zu schlagen. Nicht nur in der traditionalen Gesellschaft gehört die Ausübung von Gewalt gegen Frauen zur Alltagskultur, auch in der modernen Umgebung, wo ein verändertes Rollenverhalten zu neuen Formen der Gewalt geführt hat, ist sie anzutreffen.

Trotz der Maßnahmen, die von der Regierung PNGs ergriffen wurden, um Kriminalität und Gewalt einzudämmen, hat sich nicht viel getan. Dabei wurden 10% des nationalen Haushaltes für die Agenturen von Law & Order abgestellt. Staatliche Mittel wurden bereitgestellt, um die Aktion "Operesen Mekim Save" (Pidgin), was im Klartext wohl "eine Lektion erteilen" heißen soll, zu finanzieren. Ungeachtet dessen hat das US-State-Department seine Bürger, von denen einige Hundertschaften für Mission und Summer Institute of Linguistik tätig sind, davor gewarnt, allein durch ländliche Gebiete zu reisen.

Auch die Liste der überfallenen Prominenten in PNG ist relativ lang. Der ehemalige Premierminister Wingti entging im Haus eines Freundes nur knapp einem Überfall. Der frühere Generalgouverneur Sir Tore Lokoloko wurde beim Golfspielen ausgeplündert. Der Vorsitzende des obersten Gerichtshofes wurde Opfer eines Anschlages und der Minister für Kommunikationswesen, Malipu Balakau, wurde im Juni 1989 vor seinem Wohnsitz in Mt. Hagen erschossen.

Zwischen 1976 und 1983, so zeigt eine Untersuchung von Clifford, Morauta und Stuart, stieg die Zahl der Morde und Mordversuche um mehr als 500% an: Vergewaltigung und versuchte Vergewaltigung erhöhten sich um rund 350%, Raubüberfälle um 230%. Der Sozialwissenschaftler Brunton fand heraus, daß mindestens einer von dreißig Jugendlichen der Altersklasse 18-25 Jahre, jedes Jahre eine zeitlang

in Gefängnissen oder Erziehungsanstalten verbringt. Die Zahl der Gefängnisinsassen in PNG ist daher auch entsprechend hoch.

Wiederholt sind in den urbanen Zentren nächtliche Ausgangssperre und Ausnahmezustand verhängt worden. Auch die ländlichen Gebiete blieben von diesen Maßnahmen nicht verschont. Auf dem Lande sind es rivalisierende und sich gegenseitig bekämpfende Klans, die auf ihre Art um politischen Einfluß, territoriale Vorherrschaft, Kaffeeplantagen und Kaufläden kämpfen. War es früher noch möglich, den "tribalen" Auseinandersetzungen als Zuschauer beizuwohnen - man durfte nur nicht in die Schußlinien geraten - so ist das heute, wo die traditionellen Speere, Pfeile und Äxte schon durch moderne Schußwaffen ersetzt werden, weitaus gefährlicher geworden. Früher entstand bei den Kämpfen hauptsächlich Sachschaden, doch jetzt ist eine steigende Zahl von Menschenleben zu beklagen.

Tribale Auseinandersetzungen, denen das Gesetz der Blutrache unterliegt, gehörten schon immer zum Alltag der tausend Stämme von Papua-Neuguinea. Von den deutschen und australischen Kolonialherren wurden die Völker, wie es hieß, "befriedet", indem die Stammeskämpfe ganz einfach verboten wurden. Diese Maßnahmen hatten gewaltige Auswirkungen auf die gesamten Beziehungen der Klans untereinander, für die der Stammeskampf (mit all seinen negativen Auswirkungen) ein wichtiges Glied in der gesellschaftlichen Reproduktionskette war. Mit der unaufhaltsamen und von den meisten Menschen auch bewußt geforderten Modernisierung des Landes, mit dem Kaffeeanbau in den bevölkerungsstarken Hochlandregionen, mit dem Anschluß der "hinterletzten" Papua-Neuguineer an die Nachfragemärkte der Industrieländer, und mit der zunehmenden Bürokratisierung und Korruption in den Städten, entflammten Haß und Gewalt zwischen den Klans erneut.

Eine neue Spirale der Gewalt erwächst nun auch noch aus den Auseinandersetzungen zwischen militanten Gruppen mit regionalistischem Profil und der Zentralgewalt in der Hauptstadt Port Moresby. Bereits vor der Unabhängigkeit hatten regionalistische Bewegungen aus Papua und von der Insel Bougainville versucht, eigene Souveränitätsansprüche durchzusetzen. Ein eigener Staat North Solomons Republic, dessen finanzielle Grundlage die devisenträchtige Kupfermine Panguna sein sollte, wurde jedoch von der Zentralregierung auf dem Verhandlungswege und durch Zugeständnis an eine autonome Provinz verhindert.

Mitte 1989 verging kaum ein Tag an dem Radio Australia, in seinem Programm für Europa, nicht mit neuen Hiobsbotschaften aus Bougainville an die

Weltöffentlichkeit trat. Militante Landbesitzer hatten auf der Insel, die zur Salomongruppe gehört, die Minengesellschaft Bougainville Copper Ltd (BCL) zuerst mit traditionellen, später jedoch mit modernen Schußwaffen angegriffen und die Produktion einer der größten Kupferminen der Welt lahmgelegt. Die Landeigentümer, denen das Gebiet, auf dem die Mine betrieben wird, gehört, erhalten als Pacht zwar 1% der Gewinne von BCL, aber das ist längst nicht genug (und nur ein sehr kleiner Betrag für den Einzelnen), um für die kulturelle Entwurzelung, für den entgangenen landwirtschaftlichen Nutzen und für die enormen ökologischen Konsequenzen zu entschädigen. Flüsse und Riffe sind durch Abwässer und Klärschlamm verseucht worden, Fische und Krebse verschwunden. Beklagt wird auch die Veränderung des Klimas, die auf die Rodung des Urwaldes durch die Bergwerksgesellschaft zurückgeführt wird: Früher regnete es beinahe täglich, heute regnet es tagelang nicht und dann um so heftiger. Wenn die Erzförderung eingestellt wird, werden die ca. 800m hohen Berge um etwa 600m abgetragen worden sein. Ein Großteil des Abraums wird einfach in den Jaba-Fluß geleitet. Nun fordern die Landeigentümer 10 Mrd. Kina (ca. 22 Mrd. DM) Kompensation, wohlwissend, daß ihre Forderungen, wenn überhaupt, höchstens teilweise erfüllt werden. Der als Guerilla operierende Führer der radikalen Bewegung von Bougainville, Francis Ona, fordert außerdem die völlige Loslösung der Insel von Papua-Neuguinea. Die Regierung fordert seine Auslieferung.

Land ist in PNG mit sehr vielen Emotionen besetzt, da es unveräußerbares Stammeseigentum und die letzte Rückzugsbasis für die ländliche Bevölkerung darstellt. Die Mitte des Jahres verstorbene Präsidentin der Landbesitzer-Vereinigung von Panguna, Perpetua Serero, gehörte einem Klan an, dessen Sippen matrilinear ausgerichtet sind und die das Land durch die Frauen vererben. Die organisierten Frauen von Bougainville fühlen sich durch ihre Männer schon längst nicht mehr richtig vertreten. Das kann auch nicht überraschen, denn in der modernen Gesellschaft sind es hauptsächlich männliche Politiker, die für Politik und damit auch für den sozialen und ökologischen Unfrieden die schwere Verantwortung tragen. Dabei hatten sich fast alle traditionellen Landbesitzer anfänglich gegen die Errichtung der Mine gesperrt, wie der ehemalige australische Kolonialdirektor für Land und Bergbau bemerkte: "Sie wollen keine Abfindung. Sie wollen kein Geld dafür, daß man ihr Land zerstört und sie wollen keine Entschädigung für besetztes Land, wozu das Gesetz die Gesellschaft verpflichtet. Sie wollen ganz einfach, daß die Gesellschaft wieder verschwindet."

An der Panguna-Mine ist der Multi Conzinc Riotinto of Australia, eine Tochter des britischen Konzerns Rio Tinto Zinc zu 53% beteiligt, während die staatliche Investment Corporation of Papua New Guinea 20,2% und private Investoren - vor allem sind das Ausländer - ca. 26,2% der Anteile halten. Die Bedingungen, die BCL ursprünglich mit der Regierung ausgehandelt hatte, waren außerordentlich günstig für die ausländischen Investoren. Seit 1974 hat es auch keine Revision des Kupferabkommens gegeben, obwohl dies alle sieben Jahre der Fall sein sollte und Landbesitzer, Politiker, Provinzbehörde und BCL mit Nachdruck Neuverhandlungen gefordert hatten.

Die wegen des Ausnahmezustandes notwendig gewordene Schließung der Panguna-Mine zieht besonders für Papua-Neuguinea Einkommensverluste nach sich, die den Staat zwingen könnten, den wirtschaftlichen Notstand anzumelden. Denn bislang stammten noch bis zu 50% der Exporteinnahmen (oder 20% des nationalen Haushaltes) aus dem Verkauf des Kupfers aus Bougainville. Mit der Erklärung des Ausnahmezustands für Bougainville hat die Regierung Namaliu die Notbremse angezogen. Frieden gibt es aber noch nicht. Die Opposition will daraus Kapital schlagen und die Regierung per Mißtrauensantrag, der sich in PNG zu einer Art parlamentarischer Dauerbeschäftigung entwickelt hat, zu Fall bringen. Die Chancen stehen nicht schlecht, schließlich ist es noch keiner PNG-Regierung gelungen, eine volle Legislaturperiode durchzustehen.

Die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik PNGs hat sich immer weiter von dem ursprünglichen nationalen Entwicklungsziel *der "selfreliance"*, entfernt. Es ist aber inzwischen kein Geheimnis mehr, daß es früher für ein Entwicklungsland viel leichter möglich war, einen Weltbankkredit zu bekommen, wenn das Wörtchen *selfreliance* in den Kreditanträgen auftauchte. Insofern lagen der nationalen Zielsetzung einst durchaus pragmatische Überlegungen zugrunde.

Da ausländische Investitionen in produktive, also in arbeitsintensive Bereiche im wesentlich ausgeblieben sind und der Staat nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft genügend Kapital zu akkumulieren, muß auf Ressourcenexport gesetzt werden. Von 1,3 Mio Erwerbstätigen waren 1983 auch nur 195.000 als Lohn- und Gehaltsempfänger ausgewiesen. Die Universitäts- und Schulabgänger müssen sich in Zukunft wohl oder übel mit Arbeitslosigkeit abfinden, es sei denn, sie finden zurück in die Landwirtschaft der Dörfer.

Die Ressourcenvielfalt in PNG ist beachtlich. Außer Kupfer gibt es noch Gold, Silber, Nickel, Blei, Zink, Bauxit, Chromit, Öl und Erdgasvorkommen und Cash-Crops wie Kaffee, Kakao, Kopra, Palmöl und Tee. Noch ist das Land in einer relativ guten Verhandlungsposition gegenüber den Industrieländern, aber schon jetzt liegt PNG im Trend jener Entwicklungsländer, die immer abhängiger und unregierbarer werden. Das Land läuft Gefahr, nigerianische oder sambianische Verhältnisse zu kopieren. Dabei hatten sich die Politiker 1975 vorgenommen, die Fehler anderer Entwicklungsländer, die viele früher in die Unabhängigkeit entlassen wurden, nicht zu wiederholen.

16% des nationalen Budgets (172 Mio Kina) stammen derzeit noch aus Australien. Das mit knapp 1 Mrd. Kina (2,2 Mrd.DM) im Ausland verschuldete Land muß einen großen Teil seiner Einnahmen aus dem Export für Zinsen, Zinsenzins und Tilgung der Kredite an die Industrieländer zurückzahlen. Zum Schuldenberg haben auch die Investitionen in den Bergbausektor erheblich beigetragen. Das ist nicht verwunderlich, denn über 1 Mrd. Dollar sollen insgesamt in das Minenprojekt von Ok Tedi investiert worden sein. An diesem Projekt sind auch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. 50% der Kupfer- und Goldvorkommen sind der deutschen Kupferexplorationsgesellschaft vorbehalten und dienen dem bundesdeutschen Rohstoffsicherungsprogramm.

Die Mine von Ok Tedi, die in einer isolierten Region nahe der Grenze zu West-Irian liegt, hat sich inzwischen als gigantischer Schadensverursacher entpuppt. Nach einem Erdrutsch war im Gebiet der Mine bereits 1983 ein Tal zugeschüttet worden, das die mit Zyanid durchsetzten Gesteinsrückstände aufnehmen sollte. Nach diesem "Zwischenfall" verzichtete die Regierung völlig auf den geplanten permanenten Rückhaltedamm, der allerdings auch zig Millionen Kina Kosten verursacht hätte, die weder die Minengesellschaft noch der Staat aufbringen wollten. Nun gehen die Rückstände weiterhin in die Flußläufe. "Wir nehmen lieber das Umweltrisiko auf uns, als unsere Mitmenschen zu benachteiligen", sagt Jim Yer Waim, der Minister für Umweltfragen in PNG ist.

Dabei werden fast täglich neue Rohstoffvorkommen in Papua-Neuguinea entdeckt. Die Nachrichten in der Hauptstadt überschlagen sich förmlich. Der Enthusiasmus bei den staatlichen Entwicklungsplanern und Finanzexperten ist groß, das ökologische Verständis so gut wie nicht vorhanden. Das gilt vielfach auch für die traditionalen Stammesgesellschaften. So wird der Regenwald - wo er in seiner Üppigkeit vorhanden ist - von den einheimi-

schen Jägern, Sammlern und Ackerbauern auch als Feind begriffen, den man am besten beseitigen sollte. Daß davon nur die Eliten des Landes und die ausländischen Unternehmen einen Nutzen haben, begreifen viele Waldbesitzer erst hinterher.

Der allseits zu registrierende soziale und ökologische Unfriede in Papua-Neuguinea, darin sind sich viele Wissenschaftler von der Universität in Waigani einig, ist das Ergebnis eines rapiden gesellschaftlichen Transformationsprozesses, der Jahrhunderte übersprungen hat. Die Mitglieder der Stammesgesellschaften, die vor 50 Jahren noch in relativer Isolation lebten und keinen Staat kannten, haben einschneidende Veränderungen in ihrem tribalen Lebenszusammenhang erfahren, der nun durch nationalstaatliche Zwänge immer stärker erodiert wird. Und die Big-Men, die Stammesführer von einst, die für das Wohlergehen des Klans verantwortlich waren und über das Prinzip von Geben und Nehmen, zugunsten aller Stammesmitglieder wachten, haben längst schon Bankkonten eingerichtet, zu denen allein sie Zugang besitzen.

Literaturhinweise:

Günter Rath: Papua-Neuguinea. Ein südpazifisches Entwicklungs- land auf dem Weg in das Jahr 2000. Institut für Asienkunde, Hamburg, 1989.

F.v.Krosigk, G.Rath, W.Leidhold: Südsee - Inselwelt im Umbruch, Erlangen 1988.

H.Wagner, G.Fugmann, H.Janssen (Hg): Papua-Neuguinea. Gesells.chaft und Kirche. Neuendettelsau und Erlangen, 1989.

Günter Rath
Freytagstr. 1
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911/532678